

Niederschrift

zur 6. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport, Bildung Soziales, Integration und Gleichstellung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 12.02.2020	18:32 - 21:27 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Elke Wagner,

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda, Monika Fiedler,

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati, Jürgen Teichmann,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christina Krüger, Sabine Niels,

FDP-Fraktion

Petra Schumann,

Bündnis 90/Die Grünen

Bernd Saliter,

Sachkundige EinwohnerInnen

Frank Drömert, Saskia Felsch, Silvia Hoffmann, Iris Jatzek, Veronika Kuo,

Verwaltung

Erster Beigeordneter Herr Wichary, Gleichstellungsbeauftragte und Öffentlichkeitsarbeit Frau Trilling, Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung Herr Politz und seine Mitarbeiterin Frau Seker, Arbeitsmarktintegration Frau Koschke, Herr Mörsel für das Protokoll

Gäste

Jan Giesau Kita- und Grundschulbeirat bis 18.55 Uhr, Heiko Reichmuth Behindertenbeirat, die Schulsozialarbeiter wie in der Anlage zum TOP 9.5 benannt, Herr Miloslavic für die MOZ.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende** eröffnet um 18.32 Uhr die 6. Sitzung des Fachausschusses.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung ist erfolgt. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in vorliegender Fassung bestätigt.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Niederschrift

Die Niederschrift der Sitzung vom 08. Januar 2020 liegt noch nicht vor.

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

Frau Wagner

Am 24. Februar findet eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung statt. Die Tagesordnung steht im System zur Verfügung.

Die Vorsitzende übergibt das Wort an die Gleichstellungsbeauftragte **Frau Trilling**, die das aktuelle Programm zur 30. Brandenburgischen Frauenwoche „Zurück in die Zukunft“ vorstellt. Insgesamt werden 23 unterhaltsame, aber auch politische Veranstaltungen, im Zeitraum vom 03. März bis 26. März 2020 angeboten.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

keine

TOP 7 Anfragen der Beiräte

Herr Giesau, Vorsitzender des Kita- und Grundschulbeirates

Schulanmeldungen für das Schuljahr 2020/2021

Am 06. März 2020 findet die Schulausgleichskonferenz in Fürstenwalde statt. Erst danach können konkrete Zahlen benannt werden, so **Herr Wichary**. Absehbar ist jedoch schon, dass die Gerhard-Goßmann-Grundschule erstmalig 4 erste Klassen aufnehmen wird. Nach Absprache mit der Schulleitung kann diese Klasse auch noch im Schulgebäude nebst Container untergebracht werden. Weitere räumliche Kapazitäten bestehen dann aber nicht mehr.

Die Theodor-Fontane-Grundschule wird 3 erste Klassen, die Sigmund-Jähn-Grundschule voraussichtlich ebenfalls 3 erste Klassen und die Sonnengrundschule wahrscheinlich 2 erste Klassen und 3 Flexklassen beschulen. Für die Zukunft ist zu beachten, dass das Schulzentrum Süd mit dem Grundschulteil für das Schuljahr 2021/2022 noch nicht zur Verfügung stehen wird. Die Stadt ist mit dem Landkreis Oder-Spree im Gespräch, um eine Übergangslösung zu finden. Zudem hat die neue Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, zukünftig den Stichtag für die Beschulung zu verändern. Das hätte zur Folge, dass ca. 90 Kinder aus Fürstenwalde aus der Stichtagsregelung rausfallen und somit 1 Jahr länger im Kindergarten verweilen würden. Der Umsetzungszeitpunkt ist jedoch unklar.

Theodor-Fontane-Grundschule

Herr Wichary geht weiter davon aus, dass zum Halbjahreswechsel des Schuljahres 2020/2021 die Hochbaumaßnahmen abgeschlossen sein werden. Sowohl die Baumaßnahmen als auch die Ausschreibungsverfahren liegen im überarbeiteten Zeitplan.

Offen ist jedoch noch die Frage der Gestaltung der Außenanlagen. Hier ist zunächst zu klären, ob noch ein Hortgebäude auf dem Gelände errichtet werden kann. Die entsprechende Bauanfrage vom

August 2019 wurde vom Landkreis noch nicht beantwortet. Betroffen sind vor allem Fragen des Denkmalschutzes.

Schulzentrum Süd

Der Kreistag hat das Vorhaben in seine Investitionsliste aufgenommen. Derzeit erarbeitet der Landkreis in Abstimmung mit der Stadt Fürstenwalde die Planungen der Leistungsphasen 1 + 2. In Kürze wird es einen größeren Gesprächstermin hinsichtlich der Grundstücksfragen und der Gebäudenutzung des ehemaligen Finanzamtes geben. **Herr Wichary** hatte zum Gesamtvorhaben ein Positionspapier erarbeitet und verbreitet, indem er sich für eine Oberschule, eine Grundschule, mit Regine-Hildebrandt-Schule und mit einem Hort ausspricht. Auf Anfrage teilt **Herr Wichary** mit, dass die Spree-Oberschule nach seinem Kenntnisstand in den Weihnachtsferien 2021 umziehen soll.

Juri Gagarin Oberschule

Herr Wichary bestätigt, dass der Landkreis Sanierungsarbeiten an der Juri-Gagarin-Oberschule plant und als eine Übergangslösung ein Umzug der Schule in die dann leergezogenen Gebäude der Spreeoberschule im Gespräch ist. **Herr Giesau** verweist auf den jetzt schon unzureichenden Busverkehr. Wie soll das dann organisiert werden? **Herr Wichary** ergänzt, dass diese Fragen betrachtet werden und der Landkreis hier bessere Einflussmöglichkeiten auf den Busverkehr hat.

Stichtagsänderung für Schulaufnahme

Damit geht ein erhöhter Bedarf an Kitaplätzen einher. **Herr Giesau** ist der Meinung, dass dies eine bessere Planung erfordert. Seit Monaten hat der Kita- und Grundschulbeirat gefordert, das Kitaportal gemeinsam anzupassen. Die Verwaltung hatte nun auf März 2020 vertröstet. Herr Giesau möchte den Stand dazu wissen, worauf **Herr Wichary** erklärt, dass die Vorarbeiten hierzu geleistet worden sind und eine entsprechende Einladung zeitnah erfolgen wird.

Umsetzung Kitabeitragsbefreiung für das 2. Kind

Herr Wichary erinnert an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, dass mit der neuen Elternbeitragsatzung eine Version der Satzung vorgelegt werden soll, die eine Beitragsbefreiung für das 2. Kind als Option aufnimmt.

Außerdem erinnert **Herr Wichary** an zwei im engen Zusammenhang stehende Vorgänge: Infolge der Kitabefreiung für Geringverdiener und Empfänger von Sozialleistungen hat die Stadt Beitragsausfälle, die voraussichtlich pauschal nur in Höhe von 12,50 Euro ersetzt werden. Die Mindestbeiträge der Stadt sind jedoch höher. Das Ministerium für Bildung, Jugend und Soziales (MBS) ist bislang der Meinung, dass es eigentlich keine höheren Mindestbeiträge als 12,50 Euro geben kann, so dass die Erstattung eines höheren Beitragsausfalls abzulehnen sei. Herr Wichary hatte darüber in der Dezember-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung informiert. Eine endgültige Entscheidung des LOS dazu liegt noch nicht vor. Diese und weitere Fragen sind entscheidend für die Ausgestaltung und vor allem Finanzierbarkeit jeder weiteren Beitragsentlastung.

Zudem hat das MBS eine Musterelternbeitragsatzung entworfen. Derzeit läuft das Anhörungsverfahren. Herr Wichary hatte in der letzten Ausschusssitzung darüber informiert. Der Städte- und Gemeindebund hat am 07. Februar 2020 seine Stellungnahme dazu abgegeben. Er lehnt eine verbindliche Mustersatzung ab, soweit das MBS nicht nur die Regelungen, sondern auch die Beträge vorgibt.

TOP 8 Thema Integration

Frau Koschke, Projektleiterin des Projektes Arbeitsmarktintegration für Geflüchtete, stellt das Projekt, gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg vor. Das Projekt ist im Stadtumlandwettbewerb an die Region @see gebunden und hat eine Laufzeit vom 01. Dezember 2018 bis 31. Oktober 2021.

In Brandenburg gibt es eine große Zahl an Geflüchteten und eine große Vielfalt an Angeboten. Sie und ihr Projektmitarbeiter stehen als Ansprechpartner, mit Sitz in der Verwaltung der Stadt, zur Verfügung und betreuen den Personenkreis in Arbeit und in Ausbildung, verbunden für ein kooperatives Arbeitsmarkt-Integrationsmanagement.

Insgesamt nehmen 14 Kommunen an dem Projekt teil. Das Förderziel besteht in der Verbesserung der Beschäftigungsaussichten, in der Bündelung und Transparenz der regionalen Angebote und der gezielten individuellen Unterstützung bei den verschiedenen Integrationsmaßnahmen.

Derzeit werden 170 Klienten mit verschiedenen Migrationshintergründen und Rahmenbedingungen betreut. Ein Drittel davon sind Frauen. Die Klienten haben vorwiegend einen Asylhintergrund. Es bestehen unterschiedliche, individuelle Behandlungsbedarfe. In Fürstenwalde und Umland leben vermehrt Menschen aus den Herkunftsländern Afghanistan, Eritrea, Syrien, aber vereinzelt sind auch andere Nationalitäten vertreten.

Abschließend informiert Frau Koschke, was neben der direkten Arbeit mit den Klienten noch geschieht. So wurden Angebote in der Bibliothek geschaffen, Zusammenkünfte zwischen Arbeitgebern und Geflüchteten (Bewerbertag) organisiert und selbst haben die Projektzuständigen an Dialog Foren im LOS, an Berufskundeveranstaltungen und an Messen teilgenommen.

Frau Bargenda

Zur Frage der Altersstruktur teilt **Frau Koschke** mit, dass diese sehr gemischt ist. Jedoch sind die meisten Klienten zwischen 20 und 50 Jahre alt.

Frau Fiedler

Auf Nachfrage, ob es Erfolge zu verzeichnen gibt, schildert die **Projektleiterin** Beispiele aus der Praxis.

Kooperationspartner sind Unternehmen oder Betriebe aus der Region, wie z. B Fürstenwalde oder Bad Saarow.

TOP 9 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 9.1 Programm der Städtebauförderung "Soziale Stadt", hier: VertreterIn 7/DS/110 der Stadtverordneten im Beschlussgremium zum Verfügungsfonds (Quartiersrat)

Für den sogenannten Quartiersrat, sind ein Vertreter oder eine Vertreterin der Stadtverordnetenversammlung zu bestimmen.

Vorgeschlagen werden:

Frau Elke Wagner (Vorsitzende des Ausschuss für Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Integration und Gleichstellung)

und

in Stellvertretung Herr Stephan Wende (Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses)

Der Vorsitzenden ist aus dem Kreis der Stadtverordneten übermittelt worden, dass für ihre Kandidatur eine evt. Befangenheit vorliegt, dem **Frau Wagner** rigoros widerspricht und erklärt, dass sie Rentnerin ist und 7 Stunden pro Woche projektbezogen im Freiwilligenzentrum der Caritas arbeitet. Daraufhin spricht **Frau Schumann** im Namen ihrer Fraktion Frau Wagner das Vertrauen aus.

Frau Niels wünscht, dass sich die Kandidaten einschließlich Herrn Thomas Apitz, der auch seine Bereitschaft erklärt hatte, für diese Rolle vorstellen, worauf **Herr Teichmann** eindeutig die Ausschussvorsitzende Frau Wagner schon allein von Amtswegen prädestiniert findet.

Erste Projektanträge für Mittel aus dem Verfügungsfonds liegen bereits vor, so **Herr Wichary**. Verwaltungsseitig wird die Wahl eines Vertreters oder einer Vertreterin der Stadtverordnetenversamm-

lung für den Quartiersrat zur nächsten Stadtverordnetenversammlung am 05. März 2020 vorbereitet. Dann hat jeder Stadtverordnete die Möglichkeit, sein Votum abzugeben.

Frau Fiedler hinterfragt den Antrag der BFZ-Fraktion in der letzten Stadtverordnetenversammlung, der den Vorschlag, Herrn Thomas Apitz als weiteren potentiellen Kandidaten zuzulassen, zum Inhalt hatte. Mit dieser weiteren Kandidatur wird eine Wahl erforderlich, die am 05. März 2020 erfolgen wird.

Frau Niels beantragt jetzt, dass sich die Kandidaten Frau Wagner und Herr Thomas Apitz hier öffentlich darüber äußern, wie sie sich die Arbeit im Quartiersrat vorstellen.

Die **Vorsitzende** bittet dazu um das Votum der stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses.

Zustimmung Ja 6 (von 10)

Herr Thomas Apitz begründet seine Motivation. Er möchte gern über die Mittelvergabe mitentscheiden und dazu ist er durch seine tägliche Arbeit bei einer Bank auch fachlich qualifiziert.

Der Fonds aus dem Programm „Soziale Stadt“ ist neu aufgelegt worden und dient dazu, risikobehaftete Stadtteile zu fördern, soziale Strukturen zu stärken, Angebote für Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund zu schaffen und Menschen in die Gesellschaft zu integrieren, so **Frau Wagner**. In dem Gremium geht es darum zu beraten, welche Projekte die höchsten Prioritäten haben. Sie gestaltet seit dem Jahr 1998 die Kommunalpolitik in der Stadt Fürstenwalde mit, ist Mitglied, war auch in der vorhergehenden Legislaturperiode schon Ausschussvorsitzende in diesem Ausschuss und hat sich immer für soziale Belange interessiert und eingesetzt.

Frau Wagner macht abschließend darauf aufmerksam, dass Herr Thomas Apitz nicht Mitglied im Fachausschuss ist und es daher schwierig wird, über die Arbeit im Quartiersrat hier Bericht zu erstatten.

TOP 9.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Schaffung eines Radfahr- 7/AN/112 angebotsstreifens in der Eisenbahnstraße

Herr Saliter bringt den Antrag und dessen Ansinnen ein, worauf **Herr Teichmann** dies skeptisch sieht. Als überzeugte Radfahrerin bedankt sich **Frau Bargenda** für den Antrag. Sie ist der Meinung, dass man gar nicht vorschriftsmäßig zum Tunnel in Richtung Nord fahren kann und das da, gerade auch wegen der Schüler, die zur Sonnengrundschule wollen, eine konkrete Lösung gefunden werden muss.

Herr Wichary ruft die aktuelle verkehrsrechtliche Situation in der Eisenbahnstraße in Erinnerung: Wenn man aus Richtung Nord kommt, ist der Radweg zu benutzen ist. Kommt man jedoch aus Süd, darf der Radweg nicht benutzt werden und man muss auf der Straße bis zur Einbindung Seelower Straße fahren. Am Stoppschild muss angehalten und nach dem Überqueren der Seelower Straße kann dann der Radweg benutzt werden, der am NKD vorbeiführt. In Höhe der AOK muss man vom Rad absteigen und die Straßenseite wechseln. Zum Tunnel wieder aufsteigen und weiterfahren.

Nach dem damaligen Ausbau der Eisenbahnstraße wurde wochenlang über die Verkehrsführung für Radfahrer diskutiert, erinnert **Herr Petenati**. Schließlich führte es dazu, dass die Radfahrer in Richtung Nord mit dem PKW-Verkehr fahren und somit verkehrsberuhigend zu wirken. In entgegengesetzter Richtung teilen sich die Fußgänger und die Radfahrer den Gehweg. Die Eisenbahnstraße lässt es auf Grund ihrer Breite nicht zu, Radwege beidseitig einzurichten. Abschließend rügt er die Undiszipliniertheit der Radfahrer heute zu Tage.

Frau Niels sieht die Verkehrssituation ebenfalls kritisch und stimmt einer Prüfung der Verkehrsführung wohlwollend zu.

Der Antrag zum Radwegekonzept ist schon seit langem gestellt und bis heute ohne Bearbeitung, so **Frau Fiedler**. Sie mahnt das Tätigwerden der Verwaltung an. Dem Vorschlag von Frau Bargenda, den Autoverkehr in der Eisenbahnstraße zu verbieten und als Fußgängerzone auszuweisen, schließt sich Frau Fiedler an.

Nachdem auch **Herr Saliter** ein Radwegekonzept nicht nur für den in Diskussion stehenden Bereich, sondern für die gesamte Stadt fordert, macht **Frau Wagner** darauf aufmerksam, dass das gesamte Thema sich mit der Straßenverkehrsordnung befasst, die ständig novelliert wird. Seit dem 25. Juli 2019 gilt, dass ein Autofahrer mindestens 2 Meter Abstand zum Fahrradfahrer haben muss, wenn er ihn überholen möchte. Ist es nicht möglich, den Abstand einzuhalten, muss der Autofahrer hinter dem Radfahrer bleiben. Da die Eisenbahnstraße sehr eng verläuft, ist das Überholverbot von Fahrrädern generell gegeben. Somit wird das Straßenverkehrsamt keinen Sicherheitsstreifen zulassen. Frau Wagner spricht sich auch für das Verkehrsverbot in der Eisenbahnstraße aus. Sie bittet das Thema in den Fraktionen zu beraten.

Ablehnung Ja 3 Nein 4 Enthaltung 3

TOP 9.3 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen: Prüfauftrag zur Schaffung von 7/AN/113 Radfahrerschutz- oder Angebotsstreifen im städtischen Straßennetz

Auch dieser Antrag wird von **Herrn Saliter** im Namen seiner Fraktion eingebracht. **Frau Fiedler** beantragt den Beschlussvorschlag wie folgt zu erweitern: „Der Bürgermeister wird beauftragt, als einen ersten Schritt für das zu erstellende Radwegekonzept, das städtische Straßennetz auf die Möglichkeit der Herstellung von Radfahrstreifen oder Radfahrangebotsstreifen zu prüfen.“ Die **Vorsitzende** bittet dazu die stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses um ihr Votum.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zustimmung mit Änderung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9.4 Antrag der Ortsbeiräte auf Erhöhung der finanziellen Zuwendungen für 7/AN/115 die Ortsteile

Herr Wichary erinnert daran, dass das Ortsteilbudget für die 3 Ortsteile im Juli 2018 und im Hauptausschuss behandelt und in der Stadtverordnetenversammlung am 27. Juli 2018 einstimmig beschlossen wurde. Der vorliegende Antrag beinhaltet Bedarfe zur Förderung der Kultur, die über die Kulturförderrichtlinie entsprechend gefördert werden könnten. Antragsberechtigt ist jeder Verein und jeder Bürger der Stadt Fürstenwalde/Spree.

Mit der für die Ortsteile festgelegten Pauschale von 5 Euro pro Einwohner wird das Verfahren der Kulturförderrichtlinie vereinfacht und ersetzt. Die Ortsteile können somit den Gesamtbetrag eigenverantwortlich für die Ortsteilarbeit verwenden und verwalten.

Herr Wichary wirbt für das gemeinsame Verständnis, dass auch bei einer Verdoppelung der Pauschale diese Mittel auch für Kulturveranstaltungen im Ortsteil genutzt werden und Anträge nach der Kulturförderrichtlinie für diese Veranstaltungen weiterhin ausgeschlossen sind. Die Verantwortung für die Auswahl der unterstützten kulturellen Veranstaltungen liegt dann beim Ortsbeirat. Eine Einzelfallprüfung durch die Verwaltung erfolgt dann nicht. **Zur Frage einer möglichen Befangenheit von Frau Fiedler sieht Herr Wichary keine unmittelbare Begünstigung, wird die Sachlage aber bis zur Stadtverordnetenversammlung noch einmal prüfen.**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister, die Erhöhung des Zuschusses für kulturelle Veranstaltungen in den Ortsteilen von jährlich 5,00 € auf 10,00 € pro Einwohner zu erhöhen.

Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 9.5 Schulsozialarbeit an Schulen in der Stadt Fürstenwalde/Spree (BE: SchulsozialarbeiterInnen)

Auf Wunsch der Mitglieder des Fachausschusses wurden die Schulsozialarbeiter*innen zur Berichterstattung über ihre Arbeit an den Schulen eingeladen.

(Den Stadtverordneten steht ein Handout, ein Überblick über die Angebote der Schulsozialarbeit/Sozialarbeit an Schulen in Fürstenwalde/Spree, zur Verfügung.)

Zunächst stellen sich die Sozialarbeiter*innen vor. (Namen, E-Mail Adressen und Tätigkeitsort sind dem TOP zugeordnet.) Diejenigen, die nicht der Einladung Folge leisten konnten, werden namentlich genannt.

Zielgruppe der Schulsozialarbeit sind die Schüler*innen und deren sorgeberechtigten Angehörigen sowie auf kollegialer Ebene die Erzieher und Lehrer. Grundsatz dabei ist die enge Zusammenarbeit mit den Schulleitungen und Kooperationspartnern. Die Schulsozialarbeit gestaltet sich an jeder Schule unterschiedlich, da andere Schwerpunkte und Problemstellungen vorliegen. Die Angebote sind freiwillig, vertraulich und parteilich für die Schüler*innen und richten sich nach den Bedürfnissen aus.

Die Berichterstatter geben Erläuterungen zu:

- Beratung und Begleitung von Schüler*innen, Eltern, Lehrern und Erziehern
- Themenspektrum anhand von Beispielen
- Soziales Lernen/Projekte/Prävention
- Freizeitgestaltung/Arbeitsgemeinschaften
- Vernetzung und Gremienarbeit
- Mitgestaltung des Schullebens und Kooperationsprojekte

Fragen der Anwesenden:

Frau Bargenda fragt nach, warum keiner vom Regelprojekt an der Gerhard-Goßmann-Grundschule und Südclub anwesend ist, worauf **Herr Politz** erklärt, dass es keine klassische Sozialarbeit an Schulen ist. Es geht um Grundschulkindern und deren Eltern im stärkeren Maße wie die Sozialarbeit an Schulen.

Einen großen Dank an die Schulsozialarbeiter für ihre Arbeit, so **Frau Fiedler**. Auf ihre Frage, wie viele Schulschwänzer es im Durchschnitt gibt, wird informiert, dass es ca. 6 und 8 Schüler*innen pro Schuljahr im Alter von zwischen 13 und 15 Jahre sind. Sie werden jedoch als Aussteiger bezeichnet. Die meisten kommen aber wieder zurück und machen ihren Abschluss. Sie sind auf Begleitung angewiesen. Zurzeit laufen dazu noch Evaluationen. Aussagekräftiger sind dahingehend die Schulleitungen, da sie den Rücklauf erhalten.

Ergänzend wird angefügt, wenn Schüler*innen schulabstinent sind, dann kündigt sich das meist vorher an und dann ist Präventionsarbeit sehr wichtig.

Frau Keßler vom Kita- und Grundschulbeirat bemängelt, dass es an der Gerhard-Goßmann-Grundschule keine wie hier geschilderte Schulsozialarbeit gibt. Es findet nur die Kooperationsarbeit mit dem Südclub statt. Sie bittet Frau Wagner für den Jugendhilfeausschuss im LOS einzubringen, dass es schön wäre, wenn an allen Schulen Schulsozialarbeiter tätig werden könnten.

Von den Berichterstattern möchte sie wissen, wie sich das Schulklima durch die Sozialarbeit verändert hat und wie hilfreich es von allen empfunden wird? Dazu wird mitgeteilt, dass dies schwierig einzuschätzen ist. Es wird immer versucht, gemeinsam mit den Schüler*innen das Schulklima im Allgemeinen zu gestalten. Auf jeden Fall gibt es positiven Zuspruch von all den Kollegen*innen.

Auf Anfrage von Frau Keßler teilt **Herr Politz** mit, dass an der Sonnengrundschule das gleiche Projekt wie an der Gerhard-Goßmann-Grundschule, Sozialarbeit für Kinder im Grundschulalter und ihren Eltern, ins Leben gerufen werden soll. Der Träger wird voraussichtlich das Diakonische Werk sein.

Durch die Öffnungszeiten der Grundschulen besteht die Möglichkeit aus einer Personalstelle mehrere Personen einzusetzen. Die Finanzierung von Schulsozialarbeitern erfolgt immer gemeinsam durch

den Landkreis und die Stadt. Der Bedarf an Schulsozialarbeit besteht an allen Schulen, kann jedoch nicht flächendeckend gewährleistet werden.

Ergänzend weist **Herr Wichary** darauf hin, dass die Förderung eine freiwillige Leistung ist und über die Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen im Rahmen der sozialen Daseinsvorsorge, der Integration der Menschen mit Migrationshintergrund sowie der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit der Stadt Fürstenwalde/Spree erfolgt und dies auch eine Haushaltsfrage ist. Zur Bitte von Frau Keßler stellt **Frau Wagner** zunächst einmal richtig, dass sie weder Mitglied des Jugendhilfeausschusses, noch des Kreistages ist.

Sie erinnert Herrn Politz an vergangene Diskussionen im Jugendhilfeausschuss zur Schulsozialarbeit an Grundschulen. Im Ergebnis vieler Gespräche haben die Verantwortlichen der Grundschulen einheitlich erklärt, dass sie keine Schulsozialarbeit in der Form benötigen. Daraus ist dann das Projekt an der Gerhard-Goßmann-Grundschule eingeführt worden, weiß **Frau Wagner** zu berichten.

Daraufhin erklärt **Herr Politz**, dass dieses Projekt soweit evaluiert ist, dass es kein Modellprojekt mehr ist und in die Regelfinanzierung übergegangen ist. Er ist der Meinung, dass sich Schulsozialarbeit nicht ersetzen lässt und so hat die Stadt gegenüber dem Landkreis immer wieder deutlich gemacht, dass die Schulsozialarbeit an Grundschulen für wichtig erachtet wird.

Zur Frage, welche Problemlagen häufig zu beobachten sind, kann nicht eindeutig beantwortet werden, da diese vielseitig gefächert sind. Zum einen sind es Kinder, die unter der Trennung der Eltern leiden oder aber auch Kinder, die keine ausreichende Fürsorgepflicht und mangelnde Zuwendung von den Sorgeberechtigten erhalten. Eine besonders große Rolle spielt aber der Medienkonsum.

An der Erich-Kästner-Schule gibt es eine Mädchengruppe weiß die **Gleichstellungsbeauftragte** zu berichten. Eine Jungengruppe existiert in der Form nicht, jedoch gibt es im Allgemeinen verschiedene geschlechterspezifische Angebote, so der Sozialarbeiter. **Frau Trilling** macht darauf aufmerksam, dass der Südclub den Mädchen, getrennt nach zwei Altersgruppen, einmal im Frühjahr und einmal im Herbst, das Angebot eines gemeinsamen Wochenendes unterbreitet, welches immer wieder begeistert angenommen wird.

Herr Micheel (Schulsozialarbeiter am Bernhardinum) interessiert sich für Möglichkeiten, Gleichstellung in das Kollegium zu bringen. Dafür möchte er gern im Gespräch mit der Gleichstellungsbeauftragten bleiben, die sich dazu gern bereit erklärt.

Frau Bargenda möchte wissen, welche Themen sich in der vergangenen Zeit speziell entwickelt haben und wie besonders kritisch, die Schulsozialarbeiter den Medienkonsum sehen. Daraufhin wird berichtet, dass hierzu Workshops angeboten werden, in denen ältere Schüler den jüngeren Schülern den „gesunden“ Umgang mit dem Medienkonsum aufzeigen.

Zur Frage von **Frau Hoffmann**, wie die Schulsozialarbeiter das Projekt „Sozialarbeit für Kinder im Grundschulalter und ihren Eltern“ einschätzen, kann nicht beantwortet werden. Für die Schulsozialarbeiter steht die Präsenz und Ansprechbarkeit im Vordergrund. Sie leisten personengebundene Beziehungsarbeit im freizeitpädagogischen Bereich und ist somit nicht mit dem besagten Projekt zu vergleichen.

Die Finanzierung der Personalkosten für die Schulsozialarbeit erfolgt laut Vereinbarung zu 50 % durch den Landkreis und 50 % durch die Stadt. Sachkosten werden pauschal finanziert. Die Zuschüsse der Stadt werden von den Trägern über die Richtlinie beantragt. Im Antrag sind dann auch evt. andere Finanzierungsquellen benannt, so **Herr Wichary**.

Nach dem jetzigen Bericht empfindet **Frau Kessler** einen großer Unterschied zwischen der „Schulsozialarbeit an Grundschulen“ und dem Projekt „Sozialarbeit für Kinder im Grundschulalter und ihren Eltern“. Sie schätzt die Schulsozialarbeit als besser vernetzt ein und würde sich wünschen, dass die an jeder Schule installiert werden könnte.

Daraufhin findet es **Frau Seker** schade, wenn die verschiedenen Modelle der Sozialarbeit bewertet werden würden, denn sie sind nicht vergleichbar. Es gibt verschiedene Probleme und dazu verschiedene Lösungen, so die Jugendbeauftragte der Stadt Fürstenwalde/Spree.

Abschließend erachtet **Frau Hoffmann** es als wichtig, dass sich auch die Projektform hier im Fachausschuss vorstellen würde.

TOP 10 Informationen der Verwaltung

Herr Wichary

Auswertung Weihnachtsmarkt 2019

Aus Sicht der Verwaltung wurde der Weihnachtsmarkt 2019 rund um den Dom von den Besuchern und Händlern sehr gut angenommen. Auf Grund der Witterungsverhältnisse wird davon ausgegangen, dass bei den Händlern der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr geringer war. Im Rahmen einer telefonischen Umfrage, waren die Händler dennoch zufrieden. Des Weiteren wurde die Idee des Bürgermeisters in seiner Eröffnungsrede hinterfragt, den Weihnachtsmarkt 2020 eine ganze Woche in der Eisenbahnstraße durchzuführen. Von 41 befragten Händlern haben sich 2 positiv zur Eisenbahnstraße geäußert. 36 Händler können es sich nicht vorstellen in der Eisenbahnstraße zu stehen und bevorzugen den Standort auf dem Markt oder am Dom. 1 Händler war nicht erreichbar und 1 Händler war der Standort egal.

Den Weihnachtsmarkt für einen längeren Zeitraum durchzuführen haben sich 8 Händler ausgesprochen. Sie könnten sich den Zeitraum vom 3. bis 4. Advent vorstellen. 31 Händler können einen längeren Zeitraum nicht abdecken und haben auch kein Interesse. 1 Weiterer konnte keine Aussage treffen, weil die personelle Abdeckung nicht gewährleistet scheint, aber die Umsetzung trotzdem vorstellbar ist. 1 Händler war nicht erreichbar. Eine erhebliche Anzahl der Geschäftsleute hat sich dafür ausgesprochen, die Zeit am Freitag und am Samstag um 1 Stunde, d. h. bis 21 Uhr zu verlängern.

Zur Thematik der Weihnachtsmarktstassen berichtet Herr Wichary, dass von den 528 bestellten Tassen, 4 Tassen durch den Transport beschädigt wurden, so dass 524 Tassen vorhanden waren. Davon wurden 303 Tassen direkt beim Weihnachtsmarkt verkauft. 48 weitere Tassen wurden im Nachgang im Tourismusbüro verkauft. Die restlichen 173 Tassen werden in die nächsten Jahre übergehen (Sammlerwert). Rein rechnerisch konnte ein kleiner Gewinn in Höhe von 95,18 € erzielt werden.

Für das nächste Jahr wird noch weiter nach einer Spüllösung gesucht.

Finanziell liegen die Einnahmen durch den Weihnachtsmarkt leicht über den Plan und die Ausgaben unter dem Plan, so dass der von der Stadt zu tragende Zuschuss von 24.757 € letztlich 5.342 € unter dem Planansatz (30.100 €) liegen.

Umsetzung des Wohngeldstärkungsgesetzes zum 1. Januar 2020 durch Wohngeldstelle der Stadt Fürstenwalde/Spree

Damit gehen mehrere Verbesserungen im Wohngeldrecht einher. Die Wohngeldsätze sind gestiegen und diese werden in einem Zweijahresrhythmus automatisch dynamisiert. Herr Wichary verweist auf die Seiten des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung sowie auf die morgige Pressemitteilung.

Einführung der Kita-Finanzierungs-Richtlinie zum 1. Januar 2020

Die vorläufigen Bescheide für 2020 wurden Mitte Januar 2020 versandt und Abschlüsse wurden ausgezahlt. Bei insgesamt 17 Einrichtungen haben die Träger von 9 Einrichtungen das Angebot der Stadt angenommen, die Kita-Finanzierung nach der neuen Kita-Finanzierungs-RL vorab gemeinsam zu erörtern. Soweit einzelne Träger trotz Aufforderung keine Angaben gemacht haben, wurde die vorläufige Kita-Finanzierung auf Basis des Vorjahres fortgeschrieben (Kinderzahlen, Kapazitäten, Raumgrößen und Personal). Im Vergleich zur vorläufigen Kita-Finanzierung 2019 in Höhe von insgesamt 4,4 Mio. €, liegt die Gesamtsumme der vorläufigen Kita-Finanzierung 2020 um 2,6 % niedriger und beträgt insgesamt 4,3 Mio. €.

Bisher ist ein Antrag nach § 5 Kita-Finanzierungs-RL (besondere Bedarfe) eingegangen. Grund dafür sind strukturell bedingt höhere Ausgaben im Personalkostenzuschussbereich. Ein

weiterer Antrag ist bereits angekündigt, in dem ein Sonderbedarf geltend gemacht wird. Ein weiterer Antrag ist vorbesprochen und wird wegen absehbaren Änderungen im Laufe des Jahres gestellt.

Sportlerehrung 2019

Heute endet die Umfrage!

Vorläufiges Ergebnis der Teilnahme:

- 394 Stimmzetteln der MOZ und 1.477 Onlinefragebögen, woraus sich insgesamt 3.782 Einzelstimmen für die Sportler und Mannschaften ergeben (zur Wahl stehen 16 Sportler und Mannschaften in den 3 Kategorien (Nachwuchs, Mannschaft, Erwachsene).

Die Sportlerehrung findet am 22. Februar 2020 im Festsaal des Alten Rathauses statt. Einlass ist ab 10.30 und Beginn der Veranstaltung gegen 11.00 Uhr. Die Einladungen wurden an die Fraktionsvorsitzenden, an die Vorsitzenden der Fürstenwalder Sportvereine und die nominierten Sportler verschickt. Es ist eine öffentliche Veranstaltung, an der auch die Verwandten der Nominierten und alle sportinteressierten Fürstenwalder eingeladen sind.

Des Weiteren werden außerhalb der Umfrage noch 4 Ehrenamtler ausgezeichnet und 2 Ehrenpreise des Bürgermeisters für besondere sportliche Leistungen verliehen.

Bücherhäuschen / Übergabe am 23. April 2020 (Tag des Buches)

Der Rotary-Club Fürstenwalde/Spree möchte der Stadt am 23. April 2020 ein Bücher-Häuschen, in Form einer umgearbeiteten Telefonzelle, übergeben, die vor dem Tourismusbüro aufgestellt werden soll. Das Projekt wurde im gestrigen Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt. Im Bürger-Budget 2020 war ein Vorschlag erfolgreich, für 8.000 € zwei „Bücherschränke“ in Fürstenwalde aufzustellen. Herr Wichary weist daraufhin, dass die Gesamthematik Bücher-Tausch-Plätze noch einige Fragen, wie die der Bewirtschaftung, der Aufgaben der Stadt, das Verhältnisses zur Stadtbibliothek und wie gehen wir mit den Risiken um, aufwirft. Dazu fanden am 11. Februar 2020 erstmals Gespräche mit Vertretern des Rotary Clubs und der Einreicherin des im Bürgerbudget erfolgreichen Vorschlags statt. Für den 26. März 2020 wurde ein Anschlussgespräch vereinbart.

Frau Niels begrüßt dieses Projekt sehr und schildert ihre Erfahrungen mit ähnlichen Projekten. Abschließend stellt sie sich gern dafür als Pate zur Verfügung.

Turnier „Jugend gegen Gewalt“ 2020

Herr Wichary bedankt sich für die Teilnahme am Bonusspiel 2019, das knapp mit 1:0 endete. Nun ist fraglich, ob auch in diesem Jahr Interesse an ein Turnier besteht. Es würde dann ca. im November 2020 stattfinden. Er bittet die Fraktionen, sich dazu zu beraten und wird in der nächsten Sitzung das Stimmungsbild erfragen.

TOP 11 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Frau Krüger

Weihnachtsmarkt/ Tauschtassen

Sie weiß zu berichten, dass dieses Verfahren in der Stadt Eberswalde sehr gut funktioniert. Ansprechpartner für die Spüllösung der Tassen ist Herr Udo Molinski.

Handwerker- und Bauernmarkt

Der Wegfall wirkt sich für einige Händler sehr negativ aus, die daraufhin auch sehr negativ gestimmt sind, so Frau Krüger.

In der Vergangenheit wurde der Handwerker- und Bauernmarkt durch das Rathauscenter und der Fürstengalerie finanziert und durch einen Dritten ausgerichtet, so **Herr Mörsel**. In den Gesprächen mit den Centermanagern Frau Kelling und Herrn Borrmann hat man sich geeinigt, dass mehr Regionalität auf dem Markt kommen soll und somit wird der Handwerker- und Bauernmarkt durch das Erntefest ersetzt. Es wurden auch Überlegungen getroffen, dass Stände, die keine regionalen Waren anbieten, in die Center mit einziehen und ihre Ware anpreisen könnten. Daraufhin schildert **Frau**

Krüger ihre in den vergangenen Jahren bereits gemachten Erfahrungen und weist auch auf die Schwierigkeiten mit der praktischen Umsetzung hin.

Herr Mörsel wird sich im Allgemeinen im Nachhinein mit Frau Krüger, als Verantwortliche für die Händler des Wochenmarktes in Fürstenwalde/Spree, im persönlichen Gespräch abstimmen.

Frau Fiedler

Sachstand Soziokulturelles Zentrum - Trebuser Straße 60

Dazu gibt es zunächst nichts Neues zu berichten, so **Herr Wichary**. Stand ist, dass derzeit Vorgespräche zu den Treuhändermodellen geführt wurden und nun die Grundlagen für das Interessenbekundungsverfahren in Vorbereitung sind. Für die Stadtverordnetenversammlung am 14. Mai 2020 wird die Beschlussfassung angestrebt.

TOP 12 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die **Vorsitzende** schließt um 21.27 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Es ist die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 11 Seiten. Es sind 9 Audits im System eingestellt.

Elke Wagner

Elke Stein

Vorsitzende

Schriftführerin